

Wie in jedem Jahr, so auch in 2008! „Südlohn Grün“ ist zu Weihnachten wieder da. Auch in diesem Jahr möchten wir Ihnen die Politik in unserer Gemeinde aus „Grüner Sicht“ näher bringen. Diese Ausgabe ist nun ein wenig umfangreicher geworden, da wir nicht nur das Jahr 2008 sondern die Zeit seit den Wahlen 2004 resümieren wollen. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Lesen und hoffen, Ihnen viele und interessante Informationen an die Hand geben zu können. Der Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen Südlohn wünscht Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2009!

Soziale Kälte

Der neueste Sachstandsbericht des Servicepunktes Arbeit der Gemeinde Südlohn berichtet von stark zurückgehenden Hilfeleistungen bei etwa gleichbleibenden Zahlen der Bedarfsgemeinschaften. Während die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nur leicht zurückging, konnte ein starker Rückgang bei den arbeitslosen Hilfebedürftigen verzeichnet werden. -Haben sich die Mitglieder der Gemeinschaften verringert? Sind sie in eine ordentliche Arbeit vermittelt worden? Das weist der Sozialbericht nicht aus. Eingliederungsmaßnahmen können natürlich helfen, aber meistens sind diese Stellen nur ein „parken“ der Leute.

Leider ist der Rückgang bei den sogenannten Langzeitarbeitslosen äußerst gering ausgefallen.

Ferner nahm die Zahl der derjenigen Arbeitnehmer zu, die mit einem Ganztagsjob noch Hilfe zum Leben beantragen mussten (sogenannte Aufstocker).

Auch die 1-Euro-Jobs liegen nach wie vor auf einem hohen Niveau.

Fragt man nach den Gründen für die Notwendigkeit ergänzender Hilfeleistungen,



dann erkennt man, dass auch eine Arbeitsstelle heute nicht mehr die Garantie ist, keine Sozialhilfe mehr zu benötigen.

Leider ist auch erkennbar, dass immer mehr Rentner/Innen in die Sozialhilfe gehen, eine Folge der Rentenpolitik a la CDU.

Eine Vermittlung in eine Arbeit, die auf Aufstockungsleistung verzichten könnte, wäre sicherlich die bessere Lösung und würde eigene Rentenansprüche sichern helfen. Da sollten die Standards hinterfragt werden, die an eine Vermittlung angelegt werden.

Außerdem muss die Jugendarbeit und die Hilfen für Familien weiterhin Aufgabe der Gemeinde bleiben und nicht auf Stiftungen und bürgerliches Engagement abgewälzt werden. Die politischen Entscheidungsträger – sprich der Rat der Gemeinde Südlohn – kann zukünftig über einen großen Teil der Aufgaben nicht mehr entscheiden, da die Möglichkeiten selbst aus der Hand gegeben wurden.

Eine unserer Forderungen war auch, einen sozialen Tarif für die Musikschule zu schaffen um den sozial schwächeren auch die Möglichkeiten einer musikalischen Ausbildung zu ermöglichen. Diese Ausbildung beinhaltet nachweislich, eine höhere Anerkennung im sozialen Umfeld und dadurch auch mehr Chancen im Arbeitsleben. Unsere

Forderung wurde abgelehnt, mit der Folge, dass diese Kinder erst gar nicht angemeldet werden.

Eine weitere Forderung von uns seit Jahren ist, die Möglichkeit von betreutem Wohnen auch in Oeding zu schaffen. Es gab einen zaghaften Versuch in Oeding, eine Form des betreuten Wohnens zu schaffen.

Offensichtlich war das Konzept nicht erfolgreich, denn anders ist die mangelnde Resonanz nicht zu erklären. Wir fordern hiermit zum wiederholten Male, dass die Politik in Oeding mit gleicher Vehemenz, wie man damals das Henricus-Stift in Südlohn finanziell unterstützt hat, Wohnraum für Vollzeitpflege aber auch des betreuten Wohnens in Oeding schafft. Damals wie heute gilt die Erkenntnis, dass gerade ältere Menschen sich sehr schwer tun, aus dem gewohnten Umfeld in eine solche Einrichtung zu wechseln. Auch die Angehörigen tun sich aus emotionalen Gründen damit nicht leicht. So ist zu beobachten, dass der weitaus größte Anteil, der in eine solche Einrichtung wechselt, nicht mehr in der eigenen Familie aus medizinischen Gründen gepflegt werden kann. Gerade in diesem Zustand bricht dann für diese alten Menschen sprichwörtlich ihre Welt zusammen. Wenn dann auch noch das erweiterte soziale Umfeld durch Umzug in einen anderen Ort zusammenbricht, ist die Katastrophe für diese Menschen perfekt. Es müssen Taten folgen und nicht erst morgen, weil immer mehr Menschen pflegebedürftig werden. Das gilt auch für diejenigen, die in eine Form des betreuten Wohnens gehen wollen bzw. müssen.

Wir haben diese Forderungen in den Rat eingebracht, aber leider hat die Mehrheitsfraktion unsere Anträge abgelehnt. Dafür ist dann kein Geld vorhanden.

Man sollte sich fragen, wofür das eingesparte Geld der Bürger (s. o.) ausgegeben wird. (SR)

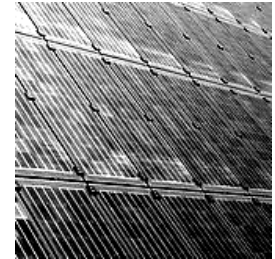
Die wertvollste Ressource die wir haben und wie die Politik damit umgeht.

In den vergangenen Jahren haben wir mehrfach Anträge zum Thema „Umweltschutz“, „Energie“ und „wie die Kosten für Energie gesenkt werden können“ gestellt. Nie wurden unsere Anträge ernst genommen und immer Abgelehnt. Erst in der jüngsten Vergangenheit hat das Thema Umweltschutz innerhalb der Mehrheitsfraktion an Akzeptanz gewonnen. Der Einsatz für den Umweltschutz und die Senkung von Energiekosten ist **In** geworden und macht in der Bevölkerung einen guten Eindruck. Unsere Orts-CDU möchte diesen Trend nicht versäumen und deshalb kommen alte Grüne Ideen im Gewand der CDU auf dem Tisch. Jüngst wurde vom Rat beschlossen Wallhecken zu pflegen und bei Bedarf auch neu zu pflanzen. Dies ist aber in

der Projektierung von neuen Wallhecken zur Anpflanzung einzelner Streuobstbäume degeneriert. Einen ähnlichen Antrag haben wir im Rahmen der Haushaltsberatung 2004 gestellt. Zu diesem Zeitpunkt war es noch nicht **In** und deshalb wurde er abgelehnt.

Der Umweltschutz und der schonende Einsatz der Ressource Energie ist seitdem wir im Rat der Gemeinde Südlohn vertreten sind, ein ständiges Thema geworden. So waren wir es, die den Energieverbrauch der Gemeinde und deren Gebäude immer im Auge hatten, diverse Haushaltsanträge bestätigen dies. Leider wurden diese Anträge nicht befürwortet und dadurch die Chance vertan auch die Haushaltsbelastung zu verringern.

Erst im vergangenen Jahr haben wir einen Antrag gestellt, der darauf gerichtet war, die Einsatzmöglichkeiten von alternativen Energien auf gemeindlichen Dachflächen zu überprüfen und dann die in Frage kommenden Dachflächen für mögliche Investoren zur Verfügung zu stellen. In Städten wie zum Beispiel Stadtlohn und Vreden werden diese Möglichkeiten schon genutzt. Wenn man sich die Dachflächen im



Gemeindegebiet betrachtet fällt auf, das immer mehr Dachflächen der Privathaushalte zur Gewinnung von alternativen Energien genutzt werden. Mittlerweile haben auch die Vereine die Nutzung und die damit verbundene Kostensenkungsmöglichkeiten von alternativen Energien erkannt. Nur unsere politische Gemeinde verschläft diesen Trend. Da werden die Fördervereine gefragt ob vielleicht Interesse besteht eine Anlage auf einem Schuldach zu betreiben. Natürlich haben diese dankend abgelehnt, da die Fördervereine nicht in der Lage sind die Investitionen finanziell zu schultern. Das aber die Gemeinde helfend zur Hand gehen könnte, wird den Fördervereine nicht gesagt. In Stadtlohn wird eine Anlage durch den Förderverein der Schule schon betrieben und hier tritt die Stadt als Bürge auf, sodass dieser Förderverein nur ein geringes finanzielles Risiko trägt. Einen Teil der Einnahmen fließen in die Kredittilgung und der andere Teil wird als zusätzlicher Ertrag für neue Projekte verwandt. Auch andere Investoren könnten gewonnen werden, wenn man seitens der Gemeinde nur den Willen zeigen würde. In Vreden zum Beispiel soll demnächst eine Anlage zur Gewinnung von alternativen Energien an einen privaten Investor vergeben werden. **Warum geht es nur in anderen Gemeinden und Städten und nicht bei uns?** Hier könnten zusätzliche Einnahmen generiert werden, dies

könnten zusätzliche Einnahmen generiert werden, dies geht aber nur, wenn man will.

Dies waren nur einige Beispiele wie wir Grünen uns in der Vergangenheit für den Umweltschutz und dem Thema Energie angenommen haben. Aber auch durch diverse Veranstaltungen haben wir diese Themen angesprochen. So haben wir auf den Energiegipfeln



interessierte Besucher darüber informiert wie man durch gezielte Neuinvestitionen im Bereich der Heizungsanlage die Umwelt aber auch den Geldbeutel schonen kann.

Auch über den neuen Energiepass und die verschiedene Fördertöpfe haben wir informiert.

Anfang diesen Jahres haben wir Interessierte darüber informiert, wie schnell und einfach die Senkung des Kostenpunktes Stromlieferung und der eigentliche Wechsel des Stromanbieters vollzogen werden kann. Bemerkenswert hierbei war, dass allein ein Tarifwechsel bei dem gleichen Stromanbieter schon zu einer Ersparnis für den Nutzer bedeuten könnte. Hier zeigt sich wieder einmal, dass die Stromlieferanten nicht bereit sind, die Endverbraucher selbstständig über eine Kostensenkung durch einen Tarifwechsel zu informieren. (MvdS)

Wissen Sie, was politisch neutral heißt?

Dann schauen Sie sich das Jugendwerk an, das unlängst aus der Taufe gehoben wurde.

Nun muss man wissen, dass der Vorsitzende der C-Fraktionsvorsitzende im Rat ist und dass Gremien dieses Jugendwerkes durchgesetzt ist von Mitgliedern der Jungen Union!

Nun wissen Sie, was die C-Partei unter politisch neutral versteht!



Unabhängig davon, sehen wir endlich Fortschritte in der Jugendarbeit in unserer Gemeinde.

Sie war dringend erforderlich. Da werden in Südlohn ständig die hauptamtlichen Mitarbeiter im TOT gewechselt. Da steht beim Kreis Borken über lange

Zeit nicht der Arbeitskräfteumfang zur Verfügung. Da werden Ziele, die die Jugend unter der Leitung des Kreisjugendamtes mit viel Engagement erarbeitet hat, bewusst nicht umgesetzt usw., usw.. Die C-Partei blockiert jegliche positive Weiterentwicklung der Jugendarbeit über Jahre.

Dann plötzlich – etwa 1 Jahr vor der kommenden Kommunalwahl entdeckt man die Jugend wieder. Und nun – oh Wunder – geht alles ganz schnell.

Jahrelange notwendige Reparaturen und Umbauten insbesondere im TOT Südlohn werden angegangen. Es wird der dringend notwendige Stellenumfang der TOT-Kräfte aufgestockt, eine Forderung, die wir mehrmals in der Vergangenheit gestellt hatten und abgeschmettert wurde.

Jetzt, wo die Jugendarbeit von der C-Partei beherrscht wird – geht es plötzlich wie geschmiert. Das kommt sicher von der seltsamen Auffassung von politischer Neutralität dieser C-Partei – oder???

Uns jedenfalls freut es sehr, dass endlich die von uns seit Langem geforderte Bewegung in die Jugendarbeit kommt.

Damit ist allerdings für die Kinder unserer Gemeinde nicht gesagt, dass sie sehr gute Bedingungen in unserer Gemeinde vorfinden. Das fängt damit an, dass der Standard der Kinderspielplätze – vergleicht man sie mit Nachbargemeinden – doch sehr zu wünschen übrig lässt. Sie sind qualitativ weit unter denen vieler Nachbargemeinden,

sind konzeptionslos angelegt und teilweise in der Anlage fehlplaziert und inflexibel. Auch ist die Ausstattung der Spielplätze in vielen Fällen nicht dem



Alter der dort im Umfeld wohnenden Kinder entsprechend. Auch dazu habe wir in den letzten 5 Jahren diverse Anträge gestellt, die allesamt abgeschmettert wurden und dies ohne sachliche Begründung.

Die Vereinsförderung der Vereine und Verbände ist seit vielen Jahren auf dem gleichen Niveau geblieben. Zwischendurch hat es sogar eine Reduzierung durch die C-Partei unter heftigem Protest unserer Partei gegeben. Das hat dann der Gemeinde einige wenige Tausend Euro eingespart. Auf der anderen Seite ist den Vereinen durch diese Politik real eine Reduzierung der Förderung von mehr als 10.000,00 Euro entstanden und dies unter dem Blickwinkel, dass gerade in diesen Vereinen und Verbänden qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit geleistet wird.

Wir werden sehr darauf achten, dass zukünftig nicht nur das Jugendwerk sondern auch die Vereinsförderung eine angemessene Förderung erfährt. (JS)

Kassieren und verschleudern

In Kreistag und –Verwaltung des Kreises Borken geht ja so einiges drunter und drüber.

So haben wir in diesem Jahr nicht schlecht gestaunt was denn da so alles bei der **EGW** (Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland) schiefgegangen ist. Sind da durch die Leitung Millionen verzockt worden, ohne dass die Aufsicht durch den Kreis etwas davon mitbekommen haben will? Und alle waschen ihre Hände in



Unschuld. Hätte doch das Geld viel sinnvoller in eine viel frühere und deutlichere Senkung der Müllgebühren Verwendung finden können. Hier muss eine lückenlose und öffentliche Aufklärung der

Misstände in der EGW erfolgen, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können - soweit dies noch Möglich ist. Auch sollte die Struktur der EGW und die Aufsicht darüber so geändert werden, dass eine Wiederholung solcher Dinge in Zukunft unmöglich wird. So sollten z. B. alle im Kreistag vertretenen Parteien in den Aufsichtsgremien beteiligt werden. Dies ist bisher nicht der Fall. So erfuhren die Grünen auch erst auf demselben Wege von den Misständen wie die Bevölkerung.

An anderer Stelle des Kreises werden jetzt und in Zukunft Abermillionen Euros Verschleudert. Und das nur zum Nutzen für ein paar Wenige. In Stadtlohn-Wenningfeld wird die Start- und Landebahn des Flugplatzes verlängert, damit die wenigen Privatjet's, welche diesen Flugplatz noch nutzen, auch weiterhin dort starten und landen dürfen.



Doch wer braucht diese Flugzeuge? Der

Hartz-4-Empfänger? Der Arbeitnehmer an der Werkbank? Der Lehrer in der Schule? Der Beamte in den Behörden? Der Handwerksmeister oder der Mittelständler?

Nein, hier werden Millionen öffentlicher Mittel für den Vorteil von Millionären ausgegeben, die es sich leisten können, dieses Verkehrsmittel zu nutzen. Wenn diese mit dem Taxi, dem Bus oder gar der Bahn zum

nächstgrößeren Flughafen nehmen würde um seine Linienmaschine zu erreichen anstatt dies per Flugzeug zu tun, würde die Umwelt auch wesentlich weniger belastet. Und das nicht nur mit den Geldern aus dem Kreishaushalt sondern auch vom Land kommt noch mal die gleiche Summe hinzu.

Auch das interkommunale Gewerbegebiet am Flugplatz ist nur Augenwischerei. Welches Gewerbe braucht denn diese so „dringend benötigte Nähe zum Flugplatz“? In Vielen Kommunen stehen schon jetzt ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung. Ein interkommunales Gewerbegebiet am Flugplatz würde:

- 1. Nur subventionierte Konkurrenz für die anliegenden Gemeinden bedeuten!**
- 2. Die Umwelt durch weitere Wege zum Verbraucher belasten!**
- 3. Die Umwelt durch unnützen Flächenverbrauch schädigen!**
- 4. Die Anwohner zum Fluglärm zusätzlich mit Industrielärm und Luftverschmutzung belasten!**
- 5. Höhere Belastung der Arbeitnehmer und der Umwelt durch längere Anfahrtswege und erhöhtem Pendlerverkehr!**

Stampft endlich die Ausbaupläne für dieses unsinnige Prestigeobjekt ein. Es wird uns und den Wählern viel Geld und Ärger erspart bleiben.

Womit wir zu einem Thema kommen, bei dem das Land sicher mehr Geld in die Hand nehmen sollte: **KIBIZ** Ein Schlagwort, dass schon vielen das Fürchten gelehrt hat. Immer mehr Aufgaben für die Kindergärten mit immer weniger Personal – und das zu steigenden Kosten für die Eltern. Auch der Kreis Borken hat in seinem Haushalt aufgrund des Gesetzes mehr zu tragen und gibt dies mit der Erhöhung der Kreisumlage auch an die Gemeinden weiter. Da gibt es viel nachzubessern, wie in der Bildungspolitik im Allgemeinen.



In der letzten Ratssitzung des Jahres wurde ein Antrag der Grünen behandelt, in dem es um die Rettungsdienste geht. Der Ortsteil Oeding ist von den Rettungsdiensten des Kreises Borken zurzeit nicht innerhalb der Zeitvorgaben, die im Kreise gemeingültig sind, erreichbar. Darum soll die Gemeinde den Kreis auffordern, dass diese Lebensrettenden Minuten in geeigneter Form aufgefangen werden müssen.

So war und ist unsere politische Arbeit nicht nur auf die Geschehnisse in der Gemeinde gerichtet sondern auch auf Kreis- und Landesebene. Denn davon ist auch immer die Gemeinde betroffen. (FJR)

Droht erneut das Haushaltssicherungskonzept?

Schon vor gut 10 Jahren wurde von uns BündnisGrünen die Entwicklung der Gemeindefinanzen mit Besorgnis beobachtet. Damals wurden hunderttausende DM in das Baugebiet Burloer Str. Ost investiert, um dann festzustellen das dort nicht gebaut werden kann. Das Rathaus erhielt ein neues Dach mit Räumlichkeiten die jahrelang nicht genutzt werden konnten.

2004 haben wir von der Mehrheitsfraktion im Kommunalwahlkampf eine Schelte bekommen, da das vorausgesagte Haushaltssicherungskonzept nicht angewendet werden musste. Die CDU hat sich sogar damit gebrüstet, dass Sie das Haushaltssicherungskonzept verhindert hat. Dies wurde durch Veräußerung



von Tafelsilber und Einschränkungen erreicht. Die Gemeinde hat zum Beispiel einen Teil des Kirmesplatzes in Oeding veräußert und sie hat die Grünannahme in

Oeding abgeschafft. Schaut man sich die Entwicklung der Pro-Kopf Verschuldung an, lagen wir mit der Aussage, dass die Gemeindefinanzen nicht gut dastehen, gar nicht so falsch. Im Jahre 2007 hat jeder Einwohner mehr als 400 Euro Schulden mehr auf seinem Rücken tragen müssen als im Jahre 2002, von 928 Euro pro Einwohner im Jahr 2002 bis 1396 Euro im Jahr 2007. Diese Steigerung wäre noch höher ausgefallen, wäre die Einwohneranzahl nicht um ca. 300 gestiegen. Im Jahre 2007 steht unsere Gemeinde mittlerweile auf dem unrühmlichen vorletzten Platz im Kreis Borken. Nur noch die Stadt Gronau ist hinter uns.

Vergleich man die Pro-Kopf-Verschuldung 2007 unserer Gemeinde mit ähnlich gelagerten Gemeinden im Kreisgebiet (an der Einwohnerzahl gemessen), so fällt auf das mit Heek (347 Euro), Heiden (380 Euro) und Schöppingen (456 Euro) drei Gemeinden mit jeweils um die 8000 Einwohner viel besser dastehen als die Gemeinde Südlohn. Die drei Gemeinden stehen im vorderen Drittel bei der Pro-Kopf-Verschuldung im Kreisgebiet. **Was machen diese Gemeinden besser als wir?**

Viele werden jetzt sagen, die Ausgabenseite hat sich für uns erhöht. Auch das mag sein, aber Heek,

Heiden oder Schöppingen haben auch die Ausgabenpositionen zugewiesen bekommen. **Liegt es vielleicht an der verfehlten Ausgabenpolitik?** Da ist ein Baugebiet was nur noch als teuerste grüne Wiese in Südlohn bezeichnet werden kann, obwohl man aus der Vergangenheit hätte etwas lernen müssen. **Oder liegt es an dem Investitionsstau der in den letzten Jahren abgebaut werden musste?** Rathaussanierung, Investitionen in den Schulen und jetzt auch noch in der Südlohner Turnhalle. Auffällig ist bei all den Investitionen, dass alle wissen, dass etwas gemacht werden muss aber erst wenn es fast zu spät ist, wird Geld in die Hand genommen. Vielleicht sollte in der Zukunft einfach mal frühzeitig geplant und investiert werden. Ein Anfang könnte zum Beispiel die von uns geforderte Heizungsanlage in der Oedinger Grundschule sein, hier könnte durch eine neue Heizungsanlage der Energieverbrauch drastisch reduziert werden und die Gemeinde könnte, wie von uns beantragt, gemeindliche Dächer an Investoren verpachten um dort erneuerbare Energien zu ermöglichen.



Aber auch die enorm gestiegenen Ausgaben für Personal, Umlagen und Zinsen belasten den Gemeindehaushalt. Wobei die Problematik der Zinszahlungen ein Hausgemachtes Problem ist.

Anstatt an dieser Position anzusetzen soll in Zukunft die Grünannahme aus dem gemeindlichen Aufgabenkatalog gestrichen werden um die Personalausgaben zu senken. Dieses Schema wurde auch schon in der Vergangenheit praktiziert. Die Gemeinde hat sich in der Vergangenheit schon aus vielen Bereichen verabschiedet, und es werden viele Dienstleistungen nicht mehr angeboten.

Dies bestärkt unsere uralte Forderung, dass der Rat und die Gemeindeverwaltung jede Ausgabe sehr sorgfältig prüfen muss, bevor das Geld in die Hand genommen wird. (MvdS)

Wissen Sie, was seniorengerechte Politik ist?

Nein? Fragen Sie die Partei mit dem C im Namen!

Was? Die weiß es nicht?

Fragen Sie doch den hiesigen Bundestagsabgeordneten der C-Partei!

Der weiß es doch ganz bestimmt – oder?

Wir haben Anträge zu diesem Thema gestellt. Einige Beispiele dazu:

Antrag auf seniorengerechte Gestaltung der Spielplätze, unter anderem mit Stühlen und Bänken.

Antrag auf Bordsteinabsenkung an verschiedenen Straßen, unter anderem an Straßen in der Nähe des Altenwohnheimes.

Antrag auf Errichtung eines Altenwohn- und -pflegeheimes im Ortsteil Oeding.

Was glauben Sie, wer diese Anträge ohne einen Ansatz sachlicher Begründung abgelehnt hat?

Die Partei mit dem C im Namen - natürlich!

Dabei sind diese Anträge fundiert begründet worden. So haben wir zum ersten Antrag geschrieben, dass es an verschiedenen

Kinderspielplätzen keine oder nur unzureichende Sitzmöglichkeiten gibt. Was macht Opa oder Oma, die mit Enkelkindern auf den Spielplatz gehen



wollen, wenn Sohn oder Tochter also Mama oder Papa beide erwerbstätig sind? Auf den nahen Spielplatz gehen sie nur ungern, weil es keinerlei Sitzmöglichkeiten gibt. Dabei wären diese Möglichkeiten mit sehr wenig Aufwand zu schaffen.

Im Antrag auf Bordsteinabsenkungen hatten wir



angeregt, diese an diversen Straßen abzusenkern, damit besonders ältere Mitbürger mit Fahrrad

oder Rollator ohne Sturzgefahr die Straßen queren können. Auch dies wäre mit wenig Aufwand machbar.

Der Antrag auf Einrichtung eines Altenwohn- und -pflegeheimes im Ortsteil Oeding wurde deshalb gestellt, weil der OT Oeding eine solche Einrichtung dringend benötigt. Immer mehr Mitbürger erreichen ein hohes Alter. Einhergeht damit leider auch der Verlust an Mobilität sowohl psychisch als auch physisch. Wenn nun eine Pflege in der eigenen Familie nicht mehr möglich ist, heißt dies ein Leben im Altenwohnheim. Dieser Umzug ist für gerade Mitmenschen mit den genannten Beeinträchtigungen und in einem hohen Lebensalter schlichtweg zunächst ein Schock. Häufig erholen sich diese Mitbürger nicht mehr davon. Umso wichtiger ist es, wenn dann Bekannte, Verwandte Un-

terstützung geben in dieser Situation. Da die e G. aber häufig selbst nicht mehr so mobil sind ist selbst ein Weg in den Nachbarort sehr beschwerlich. Folge ist, dass die Bewohner der Heime den dringend notwendigen Besuch nicht mehr erhalten, weil für die Besucher zu umständlich/beschwerlich.

Wenn die Gemeinde annähernd die gleichen Summen in eine Anschubfinanzierung für ein solches Heim in Oeding in die Hand nehmen würde, wie dies vor Jahren in Südlohn getan worden ist, wäre es sicherlich kein Problem, hier eine solche Einrichtung errichten zu lassen.

Nichts ist geschehen. Und dann setzt der C-Bundespolitiker mit den Brutalo-Ellenbogen der Sache noch die Krone mit seinen Bemerkungen zu der Almosen-Rentenerhöhung auf.

Keine Rede davon, dass sehr häufig Opa und Oma die Enkelkinder betreuen, damit Sohn/Schwiegersohn, Tochter/Schwiegertochter erwerbstätig sein können, um unter anderem Beiträge zur Rentenversicherung zu zahlen, damit diese dann auch eine auskömmliche Rente erhalten können.

Keine Rede vom Zig-Milliarden-Vermögen, das die heutige Rentengeneration den Kindern und Kindeskindern hinterlassen wird. Übrigens Vermögen, für das die heutigen Rentner teilweise das ganze Leben lang den Puckel haben krumm machen müssen. Auch keine Rede von den vielen kleinen und großen Geschenken und Zuwendungen, die Opa und Oma an Kinder und Kindeskindern täglich geben.

Es ist schon eine schäbige Angelegenheit, wenn man dann noch eine an sich schon weit unter dem Inflationswert liegende Rentenerhöhung in Frage stellt,

nur weil man auf die jüngeren Wähler schießt. Im Gegensatz zu den Jüngeren haben die Rentner keinerlei Möglichkeiten, ihre Rente zu verbessern, sie sind



leider dabei auf die jeweilige Befindlichkeit und Beliebtheit der Politiker angewiesen, wenn es um das Almosen Rente geht.

Ein letztes Beispiel: Auf der letzten Bauausschusssitzung, wo es um die Grünannahme ging, haben wir den Antrag gestellt, für die Grünabnahme einen Abholservice seitens der Gemeinde zu organisieren. Dieser käme besonders Senioren zugute, die keine Möglichkeit haben, die Grünabfälle zu den Abgabestellen zu transportieren. Dreimal ist zu raten, welche Partei dies abgelehnt hat! (JS)

Die Schwächsten am Ende?

Verkehrspolitik in der Gemeinde.

Unser Resümee der letzten Jahre!

In der Verkehrspolitik standen und stehen die Grünen des Ortsverbandes immer auf der Seite der schwächsten Verkehrsteilnehmer. Dies ist auch aus allen Anträgen ersichtlich, welche wir seit Anfang 2005 in den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde gebracht haben.

Ein **Dauerbrenner** bei den Verkehrsthemen ist, und bleibt auch leider noch, der Überweg über die Winterswijker Straße Im Bereich Pannofen und Fürst-zu-Salm-Horstmar-Straße. Zu den Verkehrsschauen '05 und '08 haben wir das Thema auf die Liste setzen lassen. Dort ist dann immer die Notwendigkeit einer Fußgängerampel durch den Landesbetrieb Straßen und die Kreisverkehrsbehörde in Frage gestellt worden. Darüberhinaus haben wir auch zwei Anträge innerhalb dieser Legislaturperiode zu dem Thema in den Rat gebracht. Insgesamt ist die Situation an dieser Kreuzung von uns schon sieben Mal seit 1999 im Rat und den Ausschüssen der Gemeinde thematisiert worden. Und wir werden auch in Zukunft für einen sicheren Überweg an dieser Stelle kämpfen.



Man kann schon auch davon ausgehen, dass die Anträge der Grünen wahrgenommen werden. So wurde der Minikreisel an der Bahnhofstraße in Südlohn verwirklicht. Da hat dann die Partei mit dem „C“ vorneweg mal in unseren alten Anträgen gewählt und den besagten Minikreisel in einem Antrag aus dem Jahre 2001 gefunden. Sie hat diese Idee, die sie im Jahre 2001 in Bausch und Bogen abgelehnt hat, verwirklicht. Ja, auch die Partei mit dem „C“ ist scheinbar noch lernfähig. Auch wenn der Denkprozess offensichtlich langsamer vonstatten geht.

Dies hat bei der Querungshilfe am Mühlenkamp nicht so lange gedauert. Diese wurde als Kindergarten- und Schulwegsicherung von uns bei der Verkehrsschau 2005 gefordert. Da war man dann schnell dabei, da auch die übergeordneten Behörden dies für Notwendig angesehen hatten. Man musste wohl oder übel den Grünen zustimmen.

So auch bei dem Fußgängerüberweg an der Ampelanlage am Oedinger Ortseingang, der in einen Graben führte. Doch hat die Durchführung durch den Landes-

betrieb 3 Jahre auf sich warten lassen und wurde erst in diesem Jahr fertig.

Ein anderes Thema ist auch der von uns geforderte Überweg an der Bahnhofstraße in Südlohn in Höhe der Lohner Straße und dem Verbrauchermarkt. Dort müssen viele Eltern mit ihren Kindern über die Bahnhofstraße, um zum St. Martin-Kindergarten zu gelangen. Auch da sieht die „C“-Partei keinen Handlungsbedarf und lehnte unseren Antrag aus dem Jahre 2005 ab. Dies geschah auch zur Verkehrsschau 2008 wieder; aber wir bleiben auch weiterhin am Ball!



So ist die Verkehrspolitik für uns immer eine Frage nach der Stärkung der schwachen Verkehrsteilnehmer. Darum stehen wir auch für einen weiteren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bei einer Preisgestaltung, die es jedem ermöglicht, diesen auch zu nutzen. Nur so kann man auch den Individualverkehr auf dem Lande eindämmen. Nur wenn Busse und Bahnen sowohl vom Fahrplan als auch vom Preis attraktiver werden, steigt auch in Zukunft die Auslastung. Dies haben schon viele Projekten bundesweit gezeigt.

Was die Umgehungsstraße für Oeding angeht, stehen wir nicht grundsätzlich gegen ein solches Projekt, sondern wir haben immer betont, dass die Wahl der Trassen so in keiner Weise der Bevölkerung und der Umwelt dient.

Als Fazit der bisherigen Ratsarbeit seit 1999 ist also zu sehen:

Grüne Verkehrspolitik hat immer in erster Linie die schwächsten Verkehrsteilnehmer und den Umweltschutz im Blickfeld. (FJR)

Kopflose Schulpolitik

Unser größtes Kapital sind unsere Kinder. Diese Aussage kann wohl jeder unterschreiben. Wir Grüne aus Südlohn und Oeding haben dieses Thema schon lange bei uns ganz groß geschrieben. Immer wieder haben wir durch Aktionen, Anträge im Rat und Diskussionen unsere Ideen eingebracht und versucht diese auch umzusetzen. Dies ist auch teilweise gelungen, indem unsere Ideen auch von anderen aufgegriffen wurden und dadurch auch von der Mehrheitsfraktion nicht mehr abzulehnen war.



Lange bevor die CDU die Notwendigkeit einer EDV Ausstattung sich endlich auch auf ihre Fahnen geschrieben hat, sind unsere Anträge im Rathaus eingereicht worden und haben konstruktiv aufgezeigt, wie die schulische Situation mit den neuen Medien verbessert werden muss, um unsere Kinder die besten Startmöglichkeiten zu geben.

Der Schritt zum integrativen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten wurde jetzt in der Grundschule in Oeding gegangen. Dies jedoch nicht aus Erwägungen der „C-Partei“ sondern auf Druck von Eltern. Und nun erntet man die Lorbeeren, da durch diese Änderung eine Zweigliedrigkeit der Grundschule vorläufig gesichert ist.

Außerdem fordern wir seit 2006 die Lehrmittelfreiheit für sozial Schwache. Der Gemeinderat bzw. der zuständige Fachausschuss sollte beschließen, dass vor allen die Hartz-IV Empfänger von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit werden. Dazu konnte sich die Mehrheitsfraktion nicht durchringen, der Bürgermeister wollte jeden Fall einzeln selbst entscheiden und damit hat sich die Mehrheit zufrieden gegeben. Es ist also keine Rechtssicherheit gegeben.

Es reicht auch nicht, bestimmte Elterninitiativen zu fördern, was wir sicherlich unterstützen. Hier muss eine verlässliche Ganztagsbetreuung der Kinder her und dies durchgehend von den Grundschulen bis zur Hauptschule. Die Politik muss hier die Rahmen schaffen und die Eltern dabei unterstützen. Nicht umge-



kehrt! Damit geben wir den Eltern die Chance für zusätzliches Einkommen in der Familie. Das kann im Einzelfall das Herausholen aus Armut und aus

der Sozialhilfe bedeuten.

Die Investitionen die in beträchtlicher Höhe in den letzten Jahren in die Hauptschule geflossen sind, wurden konzeptionslos und ohne Absprache mit den Nachbargemeinden durchgeführt. Das bei sinkenden Schülerzahlen, die einen Bestand der Hauptschule auf lange Sicht in Frage stellt.

Die nötige Integration der ausländischen Mitbürger wird auch durch die Ganztagschule gefördert, da die Kinder in der Schule die richtigen Ansprechpartner

vorfinden. Durch gezielte Förderung in den Nachmittagsstunden werden die Eingliederungschancen um ein vielfaches erhöht.

Leider ist dies noch nicht umgesetzt worden, so dass jetzt schon enorm viel Zeit verloren wurde.

Erkenntnisse müssen umgesetzt und nicht aus Unwissenheit blockiert werden. (SR)

So können sie uns erreichen:

Südlohn: Susanne Rickers, Lohner Str. 71

Tel.: 02862/97097

Oeding: Maik van de Sand, Burloer Str. 13

Tel.: 02862/580065

Ratsherr: Josef Schleif, Hinterm Busch 18 Tel.: 02862/6519

Wenn Sie mehr wissen wollen:

www.gruene-suedlohn.de

oder schreiben sie uns:

inf@gruene-suedlohn.de

Wir wünschen all unseren Lesern ein frohes und geruh-sames Weihnachtsfest und für das neue Jahr 2009 Gesundheit und Erfolg!



Impressum:

Zeitung Bündnis 90/Die Grünen Südlohn

V. i. S. d. P.: Franz – Josef Rickers, Lohner Str. 71,

46354 Südlohn

Druck: Eigendruck